



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 30.01.2012

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:20 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 29 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele
Herr Stadtrat Aßfalg
Herr Stadtrat Bode
Herr Stadtrat Braig
Herr Stadtrat Brenner
Herr Stadtrat Dr. Compter
Herr Stadtrat Deeng
Frau Stadträtin Drews
Herr Stadtrat Funk
Frau Stadträtin Goeth
Herr Stadtrat Hagel
Herr Stadtrat Heinkele
Herr Stadtrat Herzhauser
Frau Stadträtin Kapfer
Herr Stadtrat Keil
Herr Stadtrat Kolesch
Frau Stadträtin Kübler
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding
Herr Stadtrat Pfender
Herr Stadtrat Rieger
Herr Stadtrat Dr. Schmid
Frau Stadträtin Sonntag
Herr Stadtrat Späh
Herr Stadtrat Walter
Herr Stadtrat Weber
Herr Stadtrat Wiest

TOP 7 befragen

entschuldigt:

Frau Stadträtin Handtmann
Herr Stadtrat Lemli
Herr Stadtrat Zügel

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg
Frau Leonhardt, Kämmereiamt
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg
Herr Rechmann, Tiefbauamt
Herr Erster Bürgermeister Wersch

ab TOP 8

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Geburtstagsglückwünsche	
2.	Bürgerfragestunde	
3.	Erschließung des GE Flugplatz - 1. BA mit äußerer Erschließung - Baubeschluss -	214/2011
4.	Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Birkenharder Straße" a) Bericht vom Ergebnis der vorgezogenen Bürgerbeteiligung sowie der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange b) Billigung	212/2011
5.	Konzept zur Fortschreibung des Kapitels "Windenergie der Region Donau-Iller" - informelle Anhörung Stellungnahme der Verwaltungsgemeinschaft Biberach	210/2011
6.	2. Änderung des Flächennutzungsplans, Feststellungsbeschluss	207/2011
7.	Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Köhlesrain I - 1. Änderung" a) Bericht vom Ergebnis der vorgezogenen Bürgerbeteiligung b) Billigung des Entwurfes	209/2011
8.	Bebauungsplan "Sportanlage Stafflangen" - Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan -	205/2011
9.	Elektrifizierung Südbahn: Erstattung von Kosten für die Vorfinanzierung der Planung für die Entwurfs- und Genehmigungsplanung (Lph. 3+4 nach HOAI) durch die Mitglieder des Interessenverbandes Südbahn	211/2011
10.	"Baukultur in der Praxis" - Teilnahme am Forschungsprojekt des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)	213/2011
11.	Verschiedenes	
11.1.	Verschiedenes – BIBERACH KOMMUNAL	
11.2.	Verschiedenes - Fracking	
11.3.	Verschiedenes - Zukunft der Polizei	
11.4.	Verschiedenes - Verkehrsführung in der Altstadt	

Die Mitglieder wurden am 18.01.2012 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in Biberach Kommunal am 25.01.2012 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Geburtstagsglückwünsche

OB Fettback gratuliert den Geburtstagskindern Ortsvorsteher Aßfalg und Stadtrat Brenner, die am Wochenende Geburtstag feiern konnten.

Es wird applaudiert.

TOP 2 Bürgerfragestunde

Es sind keine Bürger anwesend, die Fragen stellen möchten.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 214/2011 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 19.01.2012 in öffentlicher Sitzung, auf die OB Fettback verweist.

Die Verwaltungsspitze betone einhellig, dass es sich um eine sehr wichtige Vorlage handle. Man erkenne, dass die Versiegelung ein Thema sei, das berücksichtigt werden müsse. Nachhaltige Entscheidungen bedeuteten jedoch auch, dass man mit verschiedenen Aspekten im Sinne der Ausgewogenheit auf Augenhöhe umgehe. Wenn Betriebe sich aus sich heraus entwickelten, sei dies aufgrund der kurzen Wege und anderem eine sehr ökologische und ökonomische Entscheidung, da es sich um gesundes Wachstum handle. Diese Entwicklung der Unternehmen ermögliche auch eine tolle Entwicklung Biberachs. Erste Priorität habe für die Verwaltung, Betrieben vor Ort Erweiterungsmöglichkeiten zu bieten. Anderen Regionen Betriebe wegzunehmen wäre viel schädlicher. Diese Politik der Wirtschaftsförderung stelle auch einen Standortfaktor dar, der Biberach auszeichne.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat bei einer Enthaltung (StR Weber) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

- 1. Der vorgestellten Planung für die Erschließung des 1. Bauabschnittes des Gewerbegebiets Flugplatz mit der äußeren Erschließung und dem Hochwasserrückhaltebecken wird zugestimmt.**
- 2. Die Verwaltung wird mit der Ausschreibung und Ausführung der Arbeiten beauftragt. Die Ausschreibung für die "Äußere Erschließung" und "Innere Erschließung des 1. BA" wird in getrennten Ausschreibungen durchgeführt.**
- 3. Das Ingenieurbüro ES tiefbauplanung, Mittelbiberach wird auf Grundlage der HOAI 2009 mit den Ingenieurleistungen, Leistungsphasen 3 - 9, beauftragt.**
- 4. Bei der HSt. 2.6300100.951178 (Gewerbegebiet Flugplatz) wird im Jahr 2011 ein Haushaltsrest in Höhe von 561.756,17 € gebildet und in das Haushaltsjahr 2012 übertragen.**
- 5. Bei der HSt. 2.6900100.965105 (Hochwasserschutz Neuweihergraben) wird im Jahr 2011 ein Haushaltsrest in Höhe von 790.805,51 € gebildet und in das Haushaltsjahr 2012 übertragen.**
- 6. Bei HSt. 2.6300100.951178 (Gewerbegebiet Flugplatz) werden im Jahr 2012 Mittel in Höhe von 535.000,00 € für die Bewirtschaftung gesperrt.**
- 7. Bei HSt. 2.6900100.965105 (Hochwasserschutz Neuweihergraben) werden im Jahr 2012 Mittel in Höhe 535.000,00 € überplanmäßig bewilligt. Die Deckung erfolgt durch Mittel der HSt. 2.6300100.951178.**

TOP 4 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Birkenharder Straße"
a) Bericht vom Ergebnis der vorgezogenen Bürgerbeteiligung sowie
der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange
b) Billigung

212/2011

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 212/2011 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 19.01.2012 in öffentlicher Sitzung.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Die nachfolgenden Stellungnahmen der Verwaltung zum Vorbringen von Bürgern und Trägern öffentlicher Belange werden gebilligt.**
- 2. Der Bebauungsplanentwurf "Birkenharder Straße", Plan des Stadtplanungsamtes Nr. 902/22 vom 08.12.2011 Index 1 im Maßstab 1 : 500 mit Textteil und örtlichen Bauvorschriften nach § 74 LBO wird zur öffentlichen Auslegung gebilligt.**

Dem Gemeinderat liegt die Drucksache Nr. 210/2011 zur Vorberatung für den Gemeinsamen Ausschuss der Verwaltungsgemeinschaft Biberach vor. Das Thema wurde bereits im Bauausschuss am 19.01.2012 in öffentlicher Sitzung vorberaten. Auf eine Beschlussempfehlung wurde verzichtet, da zu diesem Zeitpunkt die Beratungen des Ortschaftsrats Ringschnait noch ausstand.

BM Kuhlmann führt kurz ins Thema ein und lässt wissen, der Ortschaftsrats Ringschnait habe in der Vorwoche zwei Flächen aus der Vorschlagsliste herausgenommen. Dabei handle es sich um eine Fläche südlich Hoh Haus und eine Fläche bei Häusern, südlich von Ringschnait. Grund sei vor allem die Sorge wegen Schlagschatten und räumlichen Entwicklungsmöglichkeiten gewesen. Die Verwaltung unterstütze diese Beschlussempfehlung und empfehle, in der Stellungnahme zur Teilfortschreibung diese beiden Flächen herauszunehmen. Wichtig sei, dass man im Verwaltungsraum immer noch ausreichend neue, zusätzliche Standortvorschläge habe, so dass das Thema bewegt werden könne.

StR Kolesch bittet künftig die Beratungsreihenfolge zu berücksichtigen und Ortschaftsräte vor dem Bauausschuss tagen zu lassen. Man akzeptiere das Votum des Ortschaftsrats, das sich die Verwaltung zu eigen mache, denn die Akzeptanz vor Ort sei wichtig, zumal andere Fläche unumstritten seien.

StR Keil bezeichnet es als wichtig, dass man in allen Orten Flächen ausweisen könne, die für Windkraft geeignet seien. Ob diese ausreichend sein würden, sei offen. Man müsse so viel wie möglich ausweisen, um dieser zukunftsweisenden Technologie Möglichkeiten zu bieten. Man stimme auch dem äußerst demokratischen Verfahren zu. Er gibt noch zu bedenken, ob sich die e.wa riss dieses Thema eventuell zu eigen mache.

StR Späh meint, man sei grundsätzlich bemüht, die zehn Prozent Flächenausweisung, die sich der Landkreis auf die Fahnen geschrieben habe, zu erreichen. Dennoch verschließe man sich den berechtigten Interessen des Ortschaftsrats Ringschnait nicht und stimme den entsprechenden Änderungen zu. Generell appelliert er jedoch, sich zu bemühen, diese zehn Prozent zu erreichen.

StR Braig signalisiert Zustimmung zur Abänderung entsprechend dem Wunsch des Ortschaftsrats Ringschnait. Er gibt die weitaus geringere Effizienz zu Anlagen wie beispielsweise dem Windpark Baltic zu bedenken und bezeichnet es daher als wichtig, dass Stadt und Landkreis sich über den Städtetag dafür einsetzen, dass die Privilegierung nicht Gesetz werde. Ansonsten bekomme man unter Umständen Probleme wie aktuell mit großen Biogasanlagen. Man müsse das Planverfahren konsequent an der Effizienz ausrichten.

OB Fettback meint, man müsse sich auf verschiedenen Ebenen bewegen, um die Energiewende mit Leben zu füllen. Dies erfordere zentrale und dezentrale Lösungen und bei der Windkraft eine Ermöglichungspolitik.

OV Boscher fände eine Simulation zum Schattenwurf von Windkraftanlagen hilfreich. Er meint, mit diesen könnte man eventuell Bürger davon überzeugen, dass der Abstand zu einer Windkraftanlage nicht so essentiell von Bedeutung sei, wie das momentan teilweise vermutet werde.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Dem Gemeinsamen Ausschuss wird empfohlen, gemäß dem Beschlussantrag der Verwaltung zu beschließen, aus den in Anlage 1 und 2 von Drucksache Nr. 210/2011 dargestellten Eignungsflächen jedoch auf Gemarkung Ringschnait die Fläche bei Häusern und die Fläche südlich von Hoh Haus herauszunehmen.

Dem Gemeinderat liegt die Drucksache Nr. 207/2011 zur Vorberatung für den Gemeinsamen Ausschuss der Verwaltungsgemeinschaft Biberach vor. Das Thema wurde im Bauausschuss am 19.01.2012 vorberaten und einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Dem Gemeinsamen Ausschuss der Verwaltungsgemeinschaft Biberach wird empfohlen, gemäß dem Beschlussantrag der Verwaltung zu beschließen.

**TOP 7 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Köhlesrain I –
1. Änderung"
a) Bericht vom Ergebnis der vorgezogenen Bürgerbeteiligung
b) Billigung des Entwurfes**

209/2011

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 209/2011 zur Beschlussfassung vor. Das Thema wurde im Bauausschuss am 19.01.2012 vorberaten und einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

StR Wiest ist befangen und verlässt den Ratstisch.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Die in Drucksache Nr. 209/2011 festgehaltene Stellungnahme der Verwaltung zum Vorbringen eines betroffenen Bürgers wird gebilligt und die Verwaltung ermächtigt, ihre Stellungnahme als das Ergebnis einer ersten Abwägung mitzuteilen.**
- 2. Der aus Bebauungsplan und örtlichen Bauvorschriften bestehende Entwurf "Köhlesrain I – 1. Änderung", Plan des Stadtplanungsamtes vom 15.12.2011, Plan 904/44 Index 1 im Maßstab 1 : 500 wird zur öffentlichen Auslegung gebilligt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 205/2011 zur Beschlussfassung vor. Das Thema wurde im Bauausschuss am 19.01.2012 vorberaten und einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

OB Fettback macht darauf aufmerksam, dass die Vorlage nur das Planungsrecht regle. Die Frage der Finanzierung werde gesondert behandelt. Er verweist auf die öffentliche Vorberatung.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander wird der Bebauungsplan "Sportanlage Stafflangen", Plan des Stadtplanungsamtes Nr. 903/51 vom 30.08.2011, Index 1 nach § 10 BauGB i. V. m. § 4 GemO Baden-Württemberg als Satzung beschlossen.

TOP 9 Elektrifizierung Südbahn: Erstattung von Kosten für die Vorfinanzierung der Planung für die Entwurfs- und Genehmigungsplanung (Lph. 3+4 nach HOAI) durch die Mitglieder des Interessenverbandes Südbahn

211/2011

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 211/2011 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 23.01.2012.

BM Kuhlmann führt ins Thema ein und bezeichnet die Zusage des Bundesministeriums als wichtiges Signal, dass das Projekt in greifbare Nähe rücke und nicht mehr Vision sei. Ausgelöst sei dies durch die Vorfinanzierung des Interessenverbandes Südbahn, der die Vorplanung vorfinanziere. Es handle sich um einen Schulterschluss der Politik in Bund und Land, der ein wichtiges Signal darstelle. Das Land sei aktuell dabei, die Entwurfs- und Genehmigungsplanung durchzuführen, die komplett vom Land finanziert werde. Man werde daher vermutlich in den nächsten Monaten die Genehmigungsuntersuchungen für Biberach erhalten, so dass bis Ende 2012 die Gesamtmaßnahme voraussichtlich planungsrechtlich abgeschlossen sei. Mit der Vorlage sage man zu, das Delta mit 3,5 Mio Euro an Kosten zu finanzieren. Er meint, vor dem Hintergrund der Geschichte des Projekts müsste dem Gemeinderat die Zustimmung möglich sein.

StR Abele bezeichnet Vorfinanzierungen für Maßnahmen, für die man originär nicht zuständig sei, als problematisch. Eine entsprechende Situation habe man jedoch bereits bei der Modernisierung des Bahnhofs gehabt. Nun sei trotz Unkenrufen die Realisierung der Elektrifizierung der Südbahn in Sicht, weshalb man die Chance für das weitere Vorantreiben dieser Maßnahme nutzen müsse.

StRin Kübler schickt die Zustimmung der SPD-Fraktion voraus. Sie äußert die Hoffnung, dass die Gemeinden weiterhin an einem Strang zögen, um das starke Interesse der Region an diesem Projekt zu dokumentieren.

Wenn die Bahn etwas plane denke der Bürger, dass die Bahn oder der Bund dies auch bezahle. Dies sei aber weit gefehlt, erklärt StR Heinkele. Im Rahmen des Interessenverbandes Südbahn habe sich Biberach verpflichtet, sich an der Vorfinanzierung zu beteiligen. Die Freien Wähler wünschten sich die Elektrifizierung möglichst bald, weshalb der Verwaltungsvorschlag richtig sei und die Freien Wähler zustimmten.

Auch StR Späh bezeichnet die Elektrifizierung als wichtig für die Region und signalisiert die Zustimmung der Grünen.

StR Funk dankt der Verwaltung für ihr Engagement. Die FDP-Fraktion habe keine Probleme, diesem Infrastrukturprojekt zuzustimmen. In der Politik komme es immer wieder zu Mischfinanzierungen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Die Mitglieder des Interessenverbandes (IV) Südbahn beteiligen sich an den Kosten der Vorfinanzierung der Entwurfs- und Genehmigungsplanung für das Projekt „Streckenelektrifizie-**

rung und Bahnstromversorgung“ der Strecke Ulm-Friedrichshafen-Lindau. Sie erstatten dem Land nach baulicher Fertigstellung und Abrechnung des Projektes – d. h. nach aktuellem Stand frühestens 2016 – maximal 3,5 Mio. Euro.

- 2. Die Mitglieder des IV Südbahn beauftragen den Regionalverband B-O, als ihre Vertretung mit dem Land B-W den „Vertrag zur Erstattung von Kosten für die Vorfinanzierung der Planung (HOAI-Leistungsphasen III und IV) für das Projekt „Streckenelektrifizierung und Bahnstromversorgung“ der Strecke Ulm-Friedrichshafen-Lindau“ auf Basis des Entwurfs in der Anlage abzuschließen (Anlage 1).**
- 3. Der Verteilungsschlüssel unter den Mitgliedern des IV Südbahn basiert auf dem Verteilungsschlüssel zur Vorfinanzierung der Vorplanung (HOAI-Leistungsphasen I und II).**
- 4. Die Mitglieder des Interessenverbands verpflichten sich, mit dem Regionalverband B-O einen Vertrag über die Erstattung ihres jeweiligen Kostenanteils abzuschließen.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 213/2011 zur Beschlussfassung vor. Das Thema wurde im Bauausschuss am 19.01.2012 vorbereitet und einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

BM Kuhlmann erläutert das Ziel des Forschungsprojekts, nämlich unter anderem aufzuzeigen, wie eine Stadt mit der Architektur, der Geschichte, Grundrissen und baulichen und gestalterischen Gegebenheiten umgehe. Seine Vorgänger hätten sich alle bemüht, diese Frage sehr sensibel anzugehen und weiterzuentwickeln, was auch seine Absicht sei. Er erläutert das Konzept und gibt zu verstehen, dass die Hauptarbeit bei der Stadt liege, im Projekt aber vieles abgehandelt werde, was man ohnehin auf der Agenda habe. Als Beispiel nennt er die Fortschreibung des Flächennutzungsplans. Durch die Teilnahme erhoffe man sich auch Lernerfolge durch den Kontakt zu anderen Kommunen.

StR Kolesch zeigt sich namens der CDU-Fraktion stolz, dass Biberach den Zuschlag für das Projekt erhalten habe. Dies motiviere die Verwaltungsspitze im Baudezernat sicher, die gute Arbeit leiste. Die Zustimmung falle leicht, da das Projekt die Stadt praktisch nichts koste, da viele Maßnahmen enthalten seien, die ohnehin vorgesehen und im Haushalt bereits finanziert seien. Man anerkenne die Motivation und die positiven Effekte durch den Austausch mit anderen Kommunen. Andererseits werde von der Verwaltung seit langem die angespannte personelle Situation ins Feld geführt, in letzter Zeit verstärkt. Das Projekt dürfe daher nicht zu weiteren Klagen führen, sondern man dürfe in nächster Zeit eigentlich überhaupt keine Klagen mehr aus diesem Bereich bezüglich der Personalsituation hören.

StR Keil bemerkt, die Fraktion freue sich nicht nur, sondern beauftrage die Verwaltung, am Projekt teilzunehmen. Durch die Teilnahme an Forschungsprojekten erhoffe man sich am Ende einen Wissensbeitrag.

Die Freien Wähler freuten sich über die Teilnahme der Stadt an diesem Projekt und beglückwünschten die Verwaltung bemerkt StRin Goeth. Man betrachte die Teilnahme als Chance für die Stadt und sehe darin auch eine Bestätigung für Gemeinderat und Verwaltung im Umgang mit der Stadtentwicklung. Die Stadt gehe sehr sorgfältig mit der Innenstadt um und schaffe den Spagat zwischen Bewahren und Erhalt einer lebendigen Innenstadt. Sie lobt die verstärkte Öffentlichkeitsarbeit der Verwaltung und nennt als Beispiel die Schaustellen, die den Blick der Bürger für architektonische Qualität stärkten und die Akzeptanz von Maßnahmen erhöhten.

Auch die Grünen seien sehr erfreut, lässt StR Weber wissen. Es sei eine riesige Verantwortung, mit dem Erbe gut umzugehen.

StR Braig spricht den Gestaltungsbeirat an und meint, dieser sei seines Erachtens bisher zu wenig öffentlich und müsse dem Bürger nähergebracht werden. Dann könnten manche vielleicht auch mit der Vorgabe des Denkmalschutzes besser umgehen. Hier könne mehr Transparenz hilfreich sein.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Für die Finanzierung des Projektes "Baukultur in der Praxis" werden im Jahr 2012 30.000,-€ auf der Haushaltsstelle 1.6100.619200.2-000 überplanmäßig zur Verfügung gestellt. Gedeckt werden die Ausgaben durch Zuschüsse des Bundes in gleicher Höhe.

TOP 11.1 Verschiedenes – BIBERACH KOMMUNAL

StR Funk meint, durch die Verteilung des E-Mail-Verkehrs, den er mit Frau Appel und Herrn OB Fettback gehabt habe, sei das Thema öffentlich. Es habe zu jeder Ausgabe Diskussionen gegeben und so könne es nicht weitergehen. Der Text der FDP-Fraktion in der nächsten Ausgabe sei zensiert worden. Statuten müssten wie Satzungen so geschrieben sein, dass sie für Laien nicht interpretierbar seien. Biberach Kommunal bezeichnet er als Blatt für die OB-Darstellung.

OB Fettback stellt klar, dadurch dass er den E-Mail-Verkehr an die Fraktionsvorsitzenden zur Kenntnis weitergegeben habe, sei das Thema nicht öffentlich. Er bezeichnet die Argumentationschiene von StR Funk als sehr verwirrend. Das Problem der FDP oder das Problem von StR Funk sei, dass manche Dinge nicht akzeptiert würden, was gutes Recht sei. Man dürfe dies aber nicht als Zensur oder BIBERACH KOMMUNAL als Presseorgan des Oberbürgermeisters darstellen. Dies sei nicht in Ordnung. Es habe keine Zensur stattgefunden. Es gehe nur um die Frage der Fraktionsseite und hier sprächen die Statuten, die der Gemeinderat einstimmig beschlossen habe, von Wortbeiträgen. Für jeden gesunden Menschenverstand sei eindeutig, dass es sich dabei um Worte und nicht um Bilder handle. Entsprechend habe man gehandelt und ein Grafikbüro mit der Gestaltung der Seite beauftragt. Das so erarbeitete Layout für diese Seite funktioniere mit Bildern nicht.

Beim ersten Beitrag sei es zu einer E-Mail-Flut mit StR Funk gekommen, und er habe entschieden, dass nur der Wortbeitrag veröffentlicht werde. Der zweite Beitrag habe zumindest in der ersten Version nicht den Statuten entsprochen, da er als Oberbürgermeister angegriffen worden sei. Daraufhin habe StR Funk den Text geändert. Selbst bei diesem geänderten Text könne man immer noch die Auffassung vertreten, dass er nicht den Statuten entspreche. Dennoch habe er entschieden, ihn abzudrucken. Er behaupte nicht, dass die Statuten der letzte Schluss der Weisheit seien. Man habe sich jedoch im Ältestenrat darauf geeinigt, im März oder April eine Kritiksitzung durchzuführen und die Entwicklung so lange zu beobachten. Jetzt von Zensur und Taktik zu sprechen, sei nicht in Ordnung. Er weist diese Vorwürfe mit aller Schärfe zurück.

StR Kolesch bemerkt, er habe kein Problem mit dem Inhalt wolle aber mitteilen, dass er die erste Ausgabe erst am Samstag und am Sonntag dann nochmals in fünffacher Ausfertigung erhalten habe. Dabei sei bei seinem Anwesen eindeutig nur ein Briefkasten angebracht.

Daraufhin melden sich zahlreiche Stadträte darunter StR Hagel, StRin Goeth, StR Heinkele, StRin Sonntag, StR Herzhauser und StR Pfender erklären, dass sie BIBERACH KOMMUNAL bislang überhaupt nicht oder teilweise erst am Sonntag (StR Heinkele) erhalten haben. StR Abele lässt wissen, in seiner Straße habe offensichtlich niemand BIBERACH KOMMUNAL erhalten.

OB Fettback gibt zu verstehen, dies ärgere ihn maßlos. Man habe ein seriöses Unternehmen beauftragt und den klaren Vertrag, dass alle Haushalte kostenlos versorgt werden müssten. Am Freitag der Vorwoche habe er dem Verlag geschrieben und um ein Gespräch gebeten.

TOP 11.2 Verschiedenes - Fracking

StR Späh bringt vor, das sogenannte Fracking verursache bei immer mehr Bürgern Verunsicherung. Fracking sei der Versuch Gas nach oben zu befördern. Die Bürger hätten Sorge, dass das Grundwasser durch die eingebrachten Chemikalien verunreinigt werde.

OB Fettback erwidert, das Thema sei bekannt und er habe Herrn Maucher einmal um eine Stellungnahme gebeten, die er aber momentan nicht präsent habe. Er sagt zu, im Ausschuss über den Sachstand zu berichten.

TOP 11.3 Verschiedenes - Zukunft der Polizei

StR Kolesch zeigt sich überrascht über die zurückhaltende Stellungnahme von OB Fettback und Landrat Dr. Schmid, die in der Schwäbischen Zeitung zur Zukunft der Polizei veröffentlicht worden sei. Er halte es für sehr wichtig, eine Polizeidirektion im Landkreis zu haben und für ihn sei nicht nachvollziehbar, wie die Aufgaben einer Regionalpolizei leisten solle. Er bezeichnet verwurzeltes, eigenverantwortlich agierendes Personal als wichtig. Er könne sich auch nicht vorstellen, wie die sehr schlank aufgestellte Polizeidirektion eine so große Zahl an Stellen für den Streifen dienst freisetzen könne. Bei großen Behörden sei erfahrungsgemäß sogar mehr Personal für Leitungsaufgaben erforderlich. Er äußert die Bitte, die Polizeidirektion in Flächenlandkreisen beizubehalten und hierfür zu kämpfen. Hier müsse man deutlich Position beziehen. Gleiches gelte für die Bereitschaftspolizei, bei der eine Einsatzabteilung zur Polizeiunterstützung wichtig sei. Die Polizisten vor Ort seien sehr angesehen und integriert und arbeiteten hervorragend mit der Polizei zusammen.

OB Fettback verdeutlicht, dass die Art und Weise der Reaktion gut überlegt werden müsse. Man habe 37 Polizeipräsidien und Polizeidirektionen im Land, was sehr viel sei. Die Polizei schreibe seit langem rote Zahlen. Er bezeichnet es als wichtig, gesunde Strukturen vor Ort zu erhalten, was eines kompetenten Ansprechpartners bedürfe. Hierfür werde man sich gemeinsam mit dem Landrat im Schulterschluss einsetzen.

StR Rieger meint, die Polizei müsse schlagkräftiger werden. Er gibt zu bedenken, dass momentan allein zwischen Ulm und Bodensee fünf Polizeipräsidien bestünden.

OB Fettback sagt zu, das Schreiben zum Thema den Fraktionsvorsitzenden zukommen zu lassen und den Gemeinderat zum Thema auf dem Laufenden zu halten.

TOP 11.4 Verschiedenes - Verkehrsführung in der Altstadt

StR Braig bringt vor, er habe im Bauausschuss das Thema Verkehrsführung in der Altstadt angesprochen und einen Bericht gefordert. Er habe erwartet, dass Frau Länge in der Sitzung anwesend sein werde. Da dies nicht der Fall sei, bittet er im nächsten Bauausschuss um Information.

OB Fettback stellt klar, er habe erst kurzfristig vom Thema per E-Mail erfahren und habe die Nachfrage von Frau Länge, an der Sitzung teilzunehmen, abgelehnt, da er sich erst selbst kündigt machen und die Hintergründe der Frage reflektieren wolle.

BM Kuhlmann lässt zur Gymnasiumstraße wissen, die dort geänderte Verkehrsführung basiere auf der Baustelle Heinzl, da große LKW bei der ursprünglichen Verkehrsführung Probleme gehabt hätten. Nach Fertigstellung der Maßnahme werde der alte Zustand wieder hergestellt.

Gemeinderat, 30.01.2012, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	OB Fettback
Stadtrat:	Goeth
Stadtrat:	Keil
Schriftführerin:	Appel
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Kuhlmann